

PARLAMENTSREDE von Jochen Esser, MdA – finanzpolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin – 16. Wahlperiode, 86. Sitzung, 01. September 2011 zum Thema: 1. Lesung des Haushalts 2012/2013

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Verehrter Herr Nußbaum!

Es gibt Augenblicke, da sehne ich mich nach Ihrem Vorgänger zurück. Jetzt, nach Ihrer Rede, ist so einer. Das hätte nämlich erstens den Vorteil, dass der gute Herr Sarrazin keine Zeit mehr hätte, ausländerfeindliche Bücher zu schreiben,

[Beifall bei den Grünen – Vereinzelter Beifall bei der Linksfraktion]

und es hätte zweitens den Vorteil, dass Berlin dann wieder einen Finanzsenator hätte, der sich engagiert, bis ins Detail um die tatsächliche Kassenlage kümmert und nicht vornehmlich darum, irreführende Darstellungen über die Finanzsituation Berlins zu entwerfen und zu verbreiten.

[Beifall bei den Grünen – [Zuruf von Senator Dr. Ulrich Nußbaum]

– Ja, eben haben Sie, Herr Nußbaum verkündet, der aktuelle Primärüberschuss von einer halben Milliarde Euro hätte Berlin in die Erste Bundesliga guter Haushaltspolitik katapultiert. Darf ich Sie daran erinnern, dass der Primärüberschuss in den Jahren 2007 und 2008 schon einmal bei zwei Milliarden Euro gelegen hat, also dem Vierfachen von heute?

[Senator Dr. Ulrich Nußbaum: Das war vor der Krise!]

Wo waren wir denn dann, vor Ihrer Zeit, Herr Nußbaum? In der Champions League? Oder gar schon im finanzpolitischen Himmel? – Natürlich nicht. Wir waren einfach schon damals, genau wie heute, in der Haushaltsnotlage. Man sieht daran nur – und da hatten Sie mit Ihrem Zwischenruf völlig recht –, wie abhängig die Haushaltssalden von der Konjunktur sind und dass Einnahmen aus dem Solidarpakt Ost eine bestimmende Größe für den Berliner Haushalt sind.

Wir verlieren aber in den nächsten Jahren den Einnahmenvorteil aus dem Solidarpakt Ost, wie wir alle wissen. Deshalb liegt das nachhaltig-tragfähige Ausgabenniveau Berlins bei der jetzigen Struktur des Länderfinanzausgleichs noch immer bei 95 Prozent der Hamburger Ausgaben. Das ist die erste haushaltspolitische Zielzahl, die wir erreichen und dauerhaft halten müssen. Die Schuldenbremse schreibt uns vor, ab 2020 ausgeglichene Haushalte zu schreiben. Das ist die zweite haushaltspolitische Zielzahl, die wir erreichen und dauerhaft halten müssen.

Also: die Ausgaben auf 95 Prozent des Hamburger Niveaus einpegeln und das strukturelle Defizit auf Null fahren. Das ist der Maßstab, Herr Nußbaum. Alle anderen Haushaltstabellen aus Ihrem Haus oder sonst woher sind dagegen kalter Kaffee.

[Beifall bei den Grünen]

Schlimmer als kalter Kaffee – und deswegen habe ich mich auch so aufgeregt – ist allerdings Ihre Behauptung, Herr Nußbaum, die Ausgaben in Ihrem Haushaltsplan würden um 0,3 Prozent pro Jahr steigen. Diese Aussage wird auch nicht dadurch richtiger, dass Sie sie ständig wiederholen. Dann muss man eher sogar fürchten, dass Sie mit Absicht die Unwahrheit sagen und nicht aus Versehen. Denn in Wahrheit steigen die Ausgaben nicht um 0,3 Prozent, sondern um durchschnittlich 1,25 Prozent pro Jahr.

[Zuruf von Dilek Kolat (SPD)]

Sie haben in Ihrer Rechnung, bezogen auf das Jahr 2013, einfach Ausgaben in Höhe von 400 Millionen Euro unterschlagen, darunter, Frau Kolat, die 140 Millionen für das Bankendesaster aus den neunziger Jahren. 400 Millionen Euro in der Zahl, die Sie kommunizieren, einfach zu unterschlagen, ist bewusste Irreführung der Öffentlichkeit. Gegenüber der Bevölkerung ist das verwerflich, und gegenüber den Abgeordneten hier im Haus ist das verantwortungslos, weil es Illusionen über den haushaltspolitischen Spielraum schürt, über den Berlin verfügt.

[Beifall bei den Grünen]

Selbsttäuschung kann man sich in Haushaltsfragen nicht leisten. Wir segeln an der Oberkante des Verantwortbaren mit dem Haushaltsentwurf, der uns auf dem Tisch liegt. Wer immer nach dem 18. September zusammensitzt, um eine neue Regierung zu bilden, wird deshalb auf keinen Fall mit einer höheren Neuverschuldung aus den Verhandlungen herauskommen dürfen, als jetzt im Haushaltsplan steht. Das ist der einzige Punkt, Herr Nußbaum, an dem ich Ihnen ausdrücklich zustimme.

Das wird verdammt schwer werden. Denn zahlreiche politische Probleme, die gelöst werden müssen – ob man will oder nicht –, sind in diesem Haushalt nicht enthalten. Der Senat hat sich bei diesem Entwurf den erforderlichen Entscheidungen entzogen, und Sie beweisen damit eigentlich nur, dass sich die politische Kraft von Rot-Rot komplett erschöpft hat.

[Beifall bei den Grünen – Dr. Wolfgang Albers (Linksfraktion): Frau Künast läuft mit dem Füllhorn durch die Stadt!]

Am stärksten fällt auf, dass in dem Entwurf rein gar nichts zur Lösung des S-Bahn-Problems steht. Das Chaos löst sich bekanntlich nicht von allein, sondern bedarf der offenen Hand der Politik. Wenigstens eine Bürgschaft für den haushaltsfernen Erwerb der S-Bahnzüge hätte ich von den Parteien der Rekommunalisierung erwartet.

[Beifall bei den Grünen – Zuruf von Dr. Wolfgang Albers (Linksfraktion)]

Davon angestachelt habe ich daraufhin nach den anderen Wahlversprechen der SPD geguckt, etwa danach, was, wie gesagt, jetzt mit der S-Bahn ist, was denn zum Rückkauf von Wasser, Gas, Strom und Wohnungen drinsteht und über die Frage Ihres wunderbaren Mietenairstags und des Neubauprogramms, von dem vorhin von Seiten des Regierenden Bürgermeisters die Rede war, was sich im Übrigen zusammen locker auf sieben bis acht Milliarden Euro addiert. Was finde ich? – Angesichts der Haushaltslage natürlich nichts davon.

[Zuruf von Dilek Kolat (SPD)]

Dafür aber, Frau Kolat – und ich denke, dafür tragen Sie ein gerütteltes Maß Verantwortung –, die dümmste aller denkbaren Maßnahmen im Bereich Rekommunalisierung: Sie wollen tatsächlich 224 Millionen Euro ausgeben, um den Rest der Immobilienfonds der Bankgesellschaft zu kaufen, um dann mit dieser tollen Geldanlage in den nächsten fünf Jahren laut Finanzplanung 700 Millionen Euro Verlust zu machen.

Ich glaube, liebe Leute von der SPD, über den richtigen Umgang mit den Folgen des Bankenskandals werden wir uns noch einmal in Ruhe unterhalten müssen. Dann würde ich Ihnen vor allem empfehlen, die Amnesie zu verlieren, dass Sie in den neunziger Jahren nicht in dieser Stadt regiert hätten, dass Sie nicht die Gründung der Bankgesellschaft beschlossen hätten, dass Sie nicht die Auflage dieser Immobilienfonds

gebilligt hätten und dass Sie im Übrigen auch nicht die Entscheidung als Berliner Regierung gegen die Opposition für Schönefeld und gegen Sperenberg getroffen hätten.

[Beifall bei den Grünen]

Als nächstes bin ich dann darüber gestolpert, dass dieser Haushalt genau wie der letzte vom geradezu feudalen Machtanspruch des Herrn Wowereit geprägt ist, den wir vorhin auch rednerisch hier bestaunen durften. Inmitten der haushaltspolitischen Dürre bekommen die Theater Zuwächse von 8 Prozent, der Friedrichstadtpalast sogar von 28 Prozent. Die anderen Zuwendungsempfänger, die Sozial- und Jugendprojekte, gucken stattdessen in die Röhre. Während Herr Körting sich die 200 zusätzlichen Polizisten komplett aus der Rippe der sächlichen Verwaltungsausgaben schneiden muss, leistet der Regierende Bürgermeister keinen vergleichbaren Beitrag in seinem Etat.

Ich habe den rot-roten Senat schon vor zwei Jahren etwas despektierlich, aber leider nicht ganz unzutreffend, mit einem Pavianfelsen verglichen. Erst frisst da der Chef, und die Kleinen müssen dann mit dem verbliebenen Rest zufrieden sein oder gucken ganz in die Röhre und müssen weinen. Ich kann Ihnen versichern: Mit uns Grünen machen Sie das nicht, Herr Wowereit.

[Beifall bei den Grünen – Wolfgang Brauer (Linksfraktion): Ich habe noch keine weinende Paviane gesehen, Herr Kollege!]

Das Herz des Regierenden Bürgermeisters für Tiere ist aber offenbar nicht ganz so groß, wie für Theater, vielleicht, weil die Knutscheschweinchen kein Wahlrecht haben. Jedenfalls kürzen Sie deren Futtergeld um 2 Millionen Euro, obwohl der Tierpark schon heute chronisch defizitär ist, und die vom Tierpark erhofften Investitionen, um das Blatt durch ein neues Konzept und mehr Besucher vielleicht zu wenden, sucht man im Haushalt vergeblich. Ja wollen Sie denn, wie damals mit Herrn Sarrazin, im Tierpark wieder Giraffen schlachten? Das war bekanntlich eine seiner dümmen Ideen, die allein schon am Tierschutzgesetz scheitern musste.

Was ich dann allerdings zum guten Schluss zugeben muss: Für die Landesbibliothek hat Ihre Macht nicht mehr gereicht, Herr Wowereit. Da erklären Sie auf einer Pressekonferenz, die Bibliothek würde in der nächsten Legislaturperiode gebaut. Der „Tagesspiegel“ veröffentlicht dann gleich brav schöne Bildchen. Ich gucke daraufhin in den Haushaltsplan und traue meinen Augen nicht, denn die Bibliothek steht dort nur als Platzhalter. Von 270 Millionen Euro Gesamtkosten sollen 263 Millionen Euro ab 2016 ausgegeben werden. Ihre Bibliothek, Herr Wowereit, ist ein Windei, das bestenfalls als Wahlkampfthema in fünf Jahren taugt.[Beifall bei den Grünen – Senator Dr. Ulrich Nußbaum: Wollen Sie nun die Bibliothek oder nicht?]

Vielleicht ist das auch ganz gut so, denn von den Kosten für die Bibliothek kann man 14 Jahre lang die zusätzlichen 400 Lehrer finanzieren, die wir Grüne fordern.

[Dilek Kolat (SPD): Das sind Investitionsmittel!]

Das wäre eine sinnvolle Geldanlage, denn der Schaden durch Unterrichtsausfall ist für das betroffene Kind im späteren Leben sehr groß, der finanzielle Aufwand, um dies zu vermeiden, ist hingegen klein, nämlich 20 Millionen Euro oder 1 Promille des Berliner Haushalts. Wer wie Sie, wegen 400 Lehrern einen öffentlichen Krakeel beginnt, der hat

finanzpolitisch nicht alle Tassen im Schrank, auch wenn er sonst geistig völlig fit ist. Vermutlich handelt es sich dabei um eine Art von Wahlkampfcoma.

[Beifall bei den Grünen – [Dr. Wolfgang Albers (Linksfraktion): 400 Lehrer, 500 Polizisten, 1 Staatssekretär!]

Ich komme zum Schluss: Was lernen wir daraus? – Ja, die Eckzahlen des Haushalts stehen, und man kann sie auch nicht verschlimmern und verschlimmbessern.

[Zurufe von der Linksfraktion]

Aber innerhalb dieses Haushalts werden wir uns der Mühe unterziehen müssen, bedeutende Umschichtungen vorzunehmen zugunsten von Bildung, zugunsten von Klimaschutz, zugunsten der Senkung des Energieverbrauchs, zugunsten der Energiewende und des Atomausstiegs. Alles Dinge, die für Sie politisch bisher überhaupt nicht existieren, nach der Wahl hier in der Stadt aber beginnen werden zu existieren, und Wirklichkeit zu werden. Das kann ich Ihnen versprechen!

[Beifall bei den Grünen – Zurufe von Dr. Wolfgang Albers (Linksfraktion) und Dilek Kolat (SPD)]